

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 06.12.2010 ist zu lesen „Rathaus bremst E-Mail-Verkehr der Mitarbeiter. Wikileaks und Dr. Wiegand angeblich Anlass“. Es heißt, bei etwa 70 Mitarbeitern sei die Verbindung des Dienstrechners nach draußen gekappt worden. „Wer künftig dienstliche E-Mails außerhalb empfangen möchte, müsse dies neu beantragen“, so die Aussage der Mitteldeutschen Zeitung. Die Frau Oberbürgermeisterin Szabados wird wie folgt zitiert: „Wir wollen einen genauen Überblick, wer wohin E-Mails weiterleitet“.

Ich frage daher:

1. Kann die Stadtverwaltung einen seit Monaten in der Medienlandschaft beschriebenen Disput zwischen den Beigeordneten Herrn Dr. Wiegand und der Frau Oberbürgermeisterin Szabados bestätigen?
2. Von wie vielen Mitarbeitern, aus welchen Dienstbereichen wurden die E-Mail-Verbindungen nach außen gekappt?
3. Gibt es bereits einzelne Revidierungen dieser Maßnahme oder sind sämtliche, erwähnte Verbindungen nach wie vor nicht existent?
4. Darf auch Herr Dr. Wiegand die Weiterleitung seiner dienstlichen E-Mails nach draußen beantragen? Bei wem muss das beantragt werden? Wer entscheidet über den gestellten Antrag? Wie groß sind die Chancen auf einen positiven Bescheid?
5. Wie bewertet die Stadtverwaltung den in der MZ geschilderten Umstand, Herr Dr. Wiegand müsse als Innendezernent für Feuerwehr und Polizei ständig erreichbar sein?
6. Bleibt der Datenschutz gewahrt, wenn man wissen möchte, „...wer wohin E-Mails weiterleitet“?

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Stadtverwaltung beteiligt sich nicht an Medienspekulationen.

zu 2. bis 6

Der innerdienstliche E-Mail-Verkehr und der E-Mail-Verkehr zwischen den Bürgern und der Stadtverwaltung waren zu keinem Zeitpunkt eingeschränkt. Jeder Mitarbeiter kann von seinem Dienst-PC nach außen E-Mails versenden und von außen empfangen. Darüber hinausgehende Regelungen sind innerdienstlich geregelt. Der Datenschutz bleibt gewahrt.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.